

TAUSEND KRISEN SPÄTER

Von Pflege bis Wohnen:

**Was sich 15 Jahre nach dem Lehman-Crash ändern
muss, damit wir nicht ständig draufzahlen.**



Vor 15 Jahren, am 15. September 2008, brach die US-Bank Lehman Brothers zusammen. Es war der Höhepunkt einer großen, globalen Finanzkrise. „Die Welt wird nicht wieder so werden wie vor der Krise“, sagte der damalige Finanzminister Peer Steinbrück (SPD). Er sollte Unrecht behalten.

Denn 15 Jahre nach der Lehman-Pleite generieren die Finanzmärkte zwar wieder Milliardenprofite, sind aber wackeliger als je zuvor. Wichtige Reformen hat die mächtige Finanzlobby verwässert, verschleppt und verhindert.

Immerhin: Der Finanzsektor steckt aktuell nicht in der *einen* globalen Krise. Doch das kann sich jederzeit ändern. Denn die Logik, die Finanzmärkte antreibt, hat sich im Vergleich zur Finanzkrise 2007/2008 nicht geändert. Im Gegenteil: Sie greift sogar immer weiter um sich, mit fatalen Folgen für uns alle.

So sind Finanzmärkte heute für Tausende kleine Krisen verantwortlich, Tendenz steigend: das Pflegeheim, das Insolvenz anmelden muss, die Arztpraxis, die nur noch an die Geldbeutel und nicht mehr an das Wohl der Patient*innen denkt, die Mieterhöhung, die eine Familie nicht mehr stemmen kann. Gleichzeitig verhindern die Finanzmärkte, dass der Kampf gegen die großen Krisen unserer Zeit, gegen Klimakrise und soziale Ungerechtigkeit, effektiv geführt werden kann.

Um eine neue große Krise zu verhindern und die vielen kleinen Krisen zu beenden, fordert Finanzwende 15 Jahre nach der globalen Finanzkrise grundlegende Reformen im Finanzsektor. Banken und Investmentfonds müssen endlich stabil aufgestellt werden. Extraktive Geschäftsmodelle, mit denen der Finanzsektor Wert aus der Gesellschaft entzieht und damit Schaden anrichtet, müssen ausgebremst werden, die Finanzierung realwirtschaftlicher Aktivitäten muss wieder in den Vordergrund rücken. Nur so können die Finanzmärkte der Gesellschaft dienen.

Wieso bisher nichts passiert ist: Das gebrochene Versprechen

Die Pleite der US-Bank Lehman Brothers löste die bislang größte Finanz- und Wirtschaftskrise des 21. Jahrhunderts aus. Sie war das Ergebnis hochspekulativer Geschäfte und geringer Kapitalisierung eines global vernetzten Bankensystems. Dazu kam eine [Boni-Kultur](#), die kurzfristiges Handeln belohnte und langfristige Stabilität ignorierte. Die Banken fielen eine nach der anderen um – **Steuerzahler*innen in Deutschland zahlten mehr als 68 Milliarden Euro für Bankenrettungen.**¹ Das Motto war klar: Gewinne nur für wenige, die Gesellschaft trägt die Verluste.

Die staatlichen Rettungsaktionen wurden mit einem zentralen Versprechen verbunden: **Nie wieder sollten Banken und andere Finanzinstitute mit Steuergeldern gerettet werden.**² Um dieses Versprechen einhalten zu können, sollte der Finanzmarkt umgestellt werden. Wirksame Vorschläge standen zur Diskussion – umgesetzt wurde davon jedoch viel zu wenig.

Die Finanzlobby blockierte an allen Enden

Dazu hat die Finanzlobby einen großen Teil beigetragen. **Seit 2008 gelang es ihr immer wieder, schärfere Regeln zurückzudrängen.** Kein Wunder: Keine andere Branche in Deutschland hat eine [größere Lobby](#).

Eine wirksame Regulierung, die durch intensive Lobbyarbeit verhindert wurde, ist die Finanztransaktionssteuer. Diese fand nach der Finanzkrise zunächst breite Unterstützung von Öffentlichkeit und Politik. Die Steuer sollte irrwitzig schnelle Transaktionen ausbremsen, mit denen die Hochfrequenzhändler Gewinne zu Lasten von Menschen und Unternehmen machen, die langfristig sparen oder investieren wollen. Außerdem sollte die Steuer Finanzakteur*innen an den Kosten der Krise und der Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben beteiligen. Doch mit einer umfangreichen Kampagne gelang es der Finanzlobby, das Gesetzesvorhaben zunächst zu verzögern und abzuschwächen, bis die Steuer schließlich vollständig in der Schublade verschwand.

¹ Süddeutsche Zeitung 2018, <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/finanzkrise-kosten-deutschland-1.4126273>

² Bundesregierung 2014, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/pressestatement-von-bundeskanzlerin-merkel-beim-g20-gipfel-am-16-november-2014-844542>

Ein weiterer Rückschlag war die deutliche Abschwächung der Eigenkapitalauflagen für Banken. Die internationalen Basel-III-Regeln sollten eigentlich sicherstellen, dass Finanzinstitute künftig genug Puffer haben, um stabil aufgestellt zu sein. Doch Großbanken und Verbände wie die Deutsche Kreditwirtschaft oder der Europäische Bankenverband konnten durch kontinuierliches Einwirken auf die Politik signifikant höhere Eigenkapitalauflagen verhindern.

Immer neue Finanzkrisen

Ohne wirksame Regulierung sind wir in den vergangenen Jahren immer wieder nur knapp an der nächsten großen Krise vorbeigeschlittert: Da sind die Schieflage der Norddeutschen Landesbank in 2018, die Liquiditätskrise am Repo-Markt 2019, die Corona-Finanzkrise 2020, die Turbulenzen am Finanzmarkt in Großbritannien im Herbst 2022 und jüngst der Kollaps mehrerer US-Regionalbanken und der Großbank Credit Suisse im Frühjahr 2023. Es wird deutlich: Die Lehren aus der Krise von 2008 wurden nicht gezogen.

Anstelle von strengeren Regulierungen etablierte sich ein neues Muster. Zentralbanken mussten wiederholt als Retterinnen in der Not einspringen, um politische Versäumnisse wettzumachen und die Finanzmärkte zu stabilisieren. Dies zeigt die Bilanz der Europäischen Zentralbank (EZB) eindrucksvoll. Von einer Größe von rund 1,5 Billionen Euro (1.500.000 Millionen!) Ende 2007 wuchs sie auf mehr als das Fünffache (rund 8,5 Billionen Euro) Ende 2021. Das liegt vor allem an Wertpapieren, die die EZB aufkaufte, um die Liquidität an den Märkten aufrechtzuerhalten.³

Dabei ist die Hauptaufgabe der EZB die Geldwertstabilität. Ihre Rettungsprogramme verteilen außerdem von unten nach oben - zwischen 2014 und 2022 subventionierte die EZB europäische Banken insgesamt mit etwa 36 Milliarden Euro, die bisher nur in geringem Maße zurückgefordert wurden.

³ Europäische Zentralbank 2023, <https://www.ecb.europa.eu/pub/annual/balance/html/index.en.html>

Banken sind noch immer auf Staatshilfe angewiesen

Damit Banken im Fall der Fälle effizient und mit minimalen Kosten abgewickelt werden können, wurde der einheitliche Abwicklungsmechanismus (SRM) auf europäischer Ebene eingeführt. Doch dieser Mechanismus kam praktisch nie zur Anwendung.

Ein prominentes deutsches Beispiel ist die **Schiefelage der Norddeutschen Landesbank (NordLB) im Jahr 2019, bei der Niedersachsen und Sachsen-Anhalt Gelder in Höhe von fast 2,5 Milliarden Euro auf den Tisch legen mussten.**⁴ Der Bank drohte aufgrund von Milliardenverlusten die Pleite. Doch statt den geltenden einheitlichen Abwicklungsmechanismus anzuwenden, gab es einen Sonderweg ganz nach Bankenwunsch. Ähnlich lief es bei der Bank Monte dei Paschi in Italien.

Der Frühling 2023 zeigte endgültig: Die nach 2008 eingeführten Abwicklungsmechanismen funktionieren nicht. Auch beim Fall der wackelnden Schweizer Großbank Credit Suisse mussten statt einer geregelten Abwicklung wieder staatliche Gelder und Garantien in Höhe von mehr als 100 Milliarden Euro herhalten.⁵

Fehlentwicklung seit 2008: Das Wachstum des unregulierten Finanzsektors

Wichtige Regulierungen sind ausgeblieben – und die neuen Gesetze, die es auf den Tisch geschafft haben, kommen nicht so zum Tragen wie geplant. Als wäre das noch nicht Grund genug zur Sorge, finden viele Bankaktivitäten außerdem mittlerweile im sogenannten „Schattenbanksektor“ statt. Dabei handelt es sich um Finanzinstitutionen wie Geldmarktfonds, Hedgefonds, Private-Equity-Fonds oder Private-Debt-Fonds. Das sind zwar keine Banken, doch sie agieren genauso – beispielsweise, indem sie Kredite vergeben. **Im Jahr 2021 hielten sie mehr als die Hälfte des gesamten Finanzvermögens in der EU, quasi unreguliert und größtenteils mit unbekanntem Risiken.**

⁴ Manager Magazin 2019, <https://www.manager-magazin.de/unternehmen/banken/ringen-um-milliardenschwere-rettung-der-nordlb-a-1298609.html>

⁵ Makronom 2023, <https://makronom.de/die-rettung-der-credit-suisse-und-die-widersprueche-der-globalen-finanzwelt-43842>

Bei den Finanzkrisen spielen diese kaum regulierten Fonds eine wachsende Rolle, wie sich schon 2008 gezeigt hat. Geldmarktfonds zum Beispiel geben ihren Kunden das Versprechen, ihr eingezahltes Geld jederzeit in voller Höhe zurückverlangen zu können, ähnlich wie Banken oder Sparkassen bei Spargbüchern. Im Krisenfall können Geldmarktfonds diese Versprechen nicht halten und sind dadurch gezwungen, schnell ihre Vermögenswerte zu verkaufen. Verwerfungen an den Finanzmärkten werden so weiter verstärkt.

Seit 2008 hat der Einfluss dieser Fonds noch zugenommen, wie die Rolle von Hedgefonds in der internationalen Corona-Finanzkrise im März 2020 eindrücklich zeigt.⁶ Diese Fonds wetten auf Finanzmarktentwicklungen und arbeiten mit enormer Fremdverschuldung. Im Erfolgsfall winken hohe Renditen. Doch geht die risikoreiche Wette für sie nicht auf, fangen sie an zu wanken. Auch Private-Debt-Fonds können die Stabilität gefährden. Sie vergeben, ähnlich wie Banken, Kredite an Unternehmen, allerdings sind sie im Vergleich zu Banken nahezu unreguliert.

Finanzialisierung greift in den Alltag ein

Nachdem die Finanzmärkte im September 2008 die Weltwirtschaft in eine massive Krise stürzten, hätten wahrscheinlich nur Zyniker*innen darauf gewettet, dass sie danach noch mehr Bedeutung gewinnen würden. Doch genau so kam es: **Der Finanzsektor⁷ ist im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung heute größer als jemals zuvor.** Das führt auch dazu, dass die kurzfristige Renditelogik in immer mehr Lebensbereiche eindringt, darunter auch Allgemeingüter, in denen sie nichts verloren hat: Gesundheit, Pflege, Wohnen – um nur einige zu nennen.

Finanzwende hat gezeigt, welche Auswirkungen die Finanzialisierung auf diese Bereiche hat. Unter den enorm hohen, kurzfristigen Renditeerwartungen von Finanzinvestor*innen wie Private-Equity-Firmen, leiden Mieter*innen, Patient*innen, Pflegende und Angestellte. Denn die Finanzialisierung sorgt dafür, dass langfristige Investitionen ausbleiben und Gelder aus der Grundversorgung sogar abfließen. Diese fehlen dann, um langfristig gute Qualität zu bezahlbaren Preisen zu ermöglichen.

⁶ Tooze 2020, <https://adamtooze.substack.com/p/chartbook-newsletter-7>

⁷ Gemessen am Gesamtbestand der finanziellen Vermögenswerte

Konkret bedeutet das: Patient*innen bekommen in Arztpraxen, die Finanzinvestor*innen gehören, teils unnötige, aber besonders profitable Operationen verordnet.⁸ Die Wohnungen von Mieter*innen, die börsennotierten Unternehmen gehören, erhalten nur Schönheitsmodernisierungen, die Mieten in die Höhe treiben, statt dringend notwendiger Instandhaltung.⁹ Und Beiträge der Pflegeversicherung fließen über Pflegeheime, die von Finanzinvestor*innen geführt werden, in [Schattenfinanzzentren](#), wo Unternehmen kaum Steuern zahlen müssen.

Kurzfristige Renditeinteressen setzen sich immer häufiger gegenüber essenziellen Grundbedürfnissen durch. Statt der Gesellschaft zu dienen, extrahieren Finanzmarktakteur*innen Rendite aus diesen Bereichen – auf Kosten der Gesellschaft. Diese Entwicklungen müssen unbedingt gestoppt werden.

Finanzmärkte, die der Gesellschaft dienen...

...müssen langfristig stabil aufgestellt werden, um Krisen zu verhindern und ihren fairen Anteil zu leisten. Dafür braucht es eine finanzpolitische Kehrtwende. Der Finanzsektor ist immer noch zu sehr mit sich selbst beschäftigt und produziert immer mehr Probleme, oft mit negativen sozioökonomischen Folgen. Viele Praktiken des Finanzsektors zielen darauf ab, kontinuierlich den Wohlstand, den Unternehmen und Haushalte generiert haben, abzuschöpfen. Zudem verletzen oder umgehen Finanzakteur*innen häufig Gesetze, um auf Kosten des Gemeinwohls Gewinne für die Reichsten zu maximieren.

⁸ ARD Panorama 2022, <https://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2022/Spekulanten-greifen-nach-Arztpraxen.arztpraxen112.html>

⁹ Heeg 2022, <https://www.soziopolis.de/die-spekulative-verwertung-des-wohnungsbestandes-ist-quasi-ein-teil-der-dna-von-wohnungsaktienunternehmen.html>

Was ist zu tun?

1. Endlich die Versprechen aus der Finanzkrise 2008 umsetzen und Finanzmärkte stabil aufstellen

Banken stabilisieren, für die Realwirtschaft

Wir fordern:

- eine ungewichtete Eigenkapitalquote (CET1 Leverage Ratio) von mindestens zehn Prozent für Banken, um diese endlich stabiler aufzustellen.
- ein Trennbankengesetz, das wirksam das risikoreiche Investmentgeschäft vom Einlagengeschäft separiert.
- eine Reform des europäischen Abwicklungsprozesses, damit bei künftigen Bankenpleiten keine Staatshilfen nötig sind. Es braucht eine europäische Behörde nach Vorbild der US-amerikanischen FDIC, die im Falle der Schieflage einer Bank umfassende Befugnisse hat und die Einlagen der Bürger*innen sichert.
- die Einschränkung von Boni. Boni-Zahlungen setzen oft falsche Anreize, indem sie kurzfristige Erfolge belohnen. Die Ausschüttung künftiger Boni muss an die Erreichung einer Eigenkapitalquote von mindestens zehn Prozent gekoppelt werden.

Endlich Investmentfonds stabil aufstellen

Wir fordern:

- ausreichend hohe Eigenkapital- und Liquiditätsstandards für Hedgefonds, damit sie durch ihre spekulativen Geschäfte nicht die gesamte Finanzmarktstabilität gefährden.
- ausreichend hohe Eigenkapitalstandards für Private-Debt-Fonds, da sie Kreditvergabe wie Banken betreiben, aber nicht so reguliert werden.
- die verpflichtende Einführung von Rücknahmebeschränkungen oder -gebühren für offene Fonds wie Immobilien- und Geldmarktfonds, um kurzfristige Anstürme von Anleger*innen zu verhindern und damit Gefahren für die Finanzstabilität einzudämmen.
- ausreichende liquide Mittel, die Geldmarktfonds vorhalten müssen, damit sie weniger schnell ins Wanken geraten.



2. Die Finanzialisierung unserer Gesellschaft zurückdrängen

Extraktive Geschäftsmodelle einschränken

Wir fordern:

- eine Haftungspflicht für Private-Equity-Firmen, damit sie für die Schulden haften, die sie gekauften Unternehmen auferlegen.
- das Herausziehen von Kapital aus realwirtschaftlichen Unternehmen zu erschweren, unter anderem durch ein Verbot von Schuldenübertragungen, nachhaltige Eigenkapitalstandards und Zinsobergrenzen für interne Kredite.
- die Verhinderung von Share Deals. Das aktuelle System begünstigt Finanzinvestor*innen beim Erwerb von Immobilien im Gegensatz zu Privatpersonen. Dies setzt falsche Anreize und beschleunigt die Finanzialisierung des Wohnungsmarkts.
- eine Finanztransaktionssteuer auf Aktien und Derivate, um Fehlentwicklungen an den Finanzmärkten zu verhindern und die Verursacher von Finanzkrisen an den Krisenkosten zu beteiligen. Dies würde auch den gesellschaftlich schädlichen Hochfrequenzhandel eindämmen.
- die Ausweitung der globalen Mindeststeuer auf kleinere Unternehmen, sodass auch Private-Equity-Firmen davon gedeckt sind und Gewinnabflüssen in Schattenfinanzzentren ein Riegel vorgeschoben wird.



Immer wieder Finanzkrise, immer wieder Staatshilfen

